

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 03.12.2018, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler bis TOP 3.1 nöt
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers
	Rudolf Böcker
	Carsten Kliegelhöfer bis TOP 3.1 nöt
	Malte Kramer
	Sabine Kundy
	Walter Langer
	Bernd Redeker
stellv. Ausschussmitglieder:	Cornelia Papen bis TOP 3.1 nöt
	Alexander Westerman
Ratsmitglieder:	Peter Nieraad
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Antje Schönborn
	Elke Unland

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 05.11.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt
Keine Anträge
- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Keine Stellungnahmen
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
Keine Anträge und Anfragen

- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Geschwindigkeitsmindernde Maßnahmen im verkehrsberuhigten Teilabschnitt der Rüstringer Straße; hier Antrag eines Anliegers
Vorlage: 328/2018
- 8.2 Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes "Wohnungswirtschaft der Stadt Varel"
Vorlage: 333/2018
- 8.3 Verkehrssituation am Lothar-Meyer-Gymnasium
- 8.4 Erschließungsbeitragssatzung
- 8.5 Nachbetrachtung Straßenbesichtigung
- 8.6 Antrag Zukunft Varel
- 8.7 Parkverbot Neumarktplatz
- 8.8 Jethausermoorweg

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Herr Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Herr Ralle stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 05.11.2018

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 05.11.2018 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde gibt es eine Wortmeldung.

Eine Einwohnerin hat eine Frage zum Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“. Sie erfragt, ob die Kriterien

zur Vergabe der städtischen Wohnungen noch erarbeitet werden.
Ausschussvorsitzender Herr Ralle erklärt, dass das entsprechende Gremium diese Kriterien noch erarbeiten wird.

5 Anträge an den Rat der Stadt
Keine Anträge

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Keine Stellungnahmen

7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
Keine Anträge und Anfragen

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme

8.1 Geschwindigkeitsmindernde Maßnahmen im verkehrsberuhigten Teilabschnitt der Rüstinger Straße; hier Antrag eines Anliegers
Vorlage: 328/2018

Der Antragssteller beklagt die „Raserei in der Spielstraße“ und bittet um wirksame Abhilfe (vgl. Anlage).

Die Rüstinger Straße (Teilabschnitt) wurde als verkehrsberuhigter Bereich angelegt. Sie weist gemäß Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland auch genau die baulichen Merkmale auf, die dem Fahrzeugführer diese Ausbauart signalisieren. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer Spielstraße. Erschließungsstraßen sind so konzipiert, dass auch größere Fahrzeuge (Müllabfuhr, Einsatzfahrzeuge, Möbelwagen, etc.) die Wege befahren können. Damit sind dem „geneigten Schnellfahrer“ alle Möglichkeiten gegeben, sich nicht an das vorgeschriebene Tempolimit zu halten.

Verkehrsüberwachungsmaßnahmen sollen allerdings gemäß den „Richtlinien des Landes Niedersachsen für die Überwachung des fließenden Straßenverkehrs durch Straßenverkehrsbehörden nur dort erfolgen, wo Unfallschwerpunkte oder konkrete Gefahrenstellen sind.

Zur wirksamen Erzwingung einer reduzierten Geschwindigkeit verbleiben somit nur bauliche Maßnahmen z.B. in Form von „Schwellen“. Diese Schwellen beeinträchtigen jedoch nicht nur den „potentiellen Temposünder“ sondern auch jeden mit angepasster Geschwindigkeit fahrenden Verkehrsteilnehmer. Sie müssten zudem häufig wiederholt werden. Im Nahbereich käme es zu verstärkten Fahrgeräuschen.

Dem Wunsch nach einer visuellen Geschwindigkeitsanzeige wird soweit nachgekommen, dass für einen gewissen Zeitraum hier die Digitalanzeige aufgebaut wird.

Ausschussmitglied Herr Recksiedler erklärt, dass die Verkehrswacht vom 09.11. bis 18.11.2018 das Viacountgerät aufgestellt hat. Die Daten werden im Laufe der nächsten Woche ausgewertet.

Ausschussmitglied Herr Ahlers erklärt, er habe einen Hinweis bekommen, dass es dort nicht nur das Geschwindigkeitsproblem gebe, sondern auch ein Parkproblem. Ausschussmitglied Herr Böcker erklärt, dass der Versuch der Verkehrsberuhigung in der von-Tungeln-Straße nicht wirksam war. Auch den Einbau von Schwellen hält er nicht für geeignet.

Ausschussvorsitzender Herr Ralle erklärt, dass die Straße schon verkehrsberuhigt ausgebaut ist.

Ausschussmitglied Herr Redeker erfragt, ob es schon einmal Unfälle oder Personenschäden in der Straße gegeben habe. Dies war laut Herrn Alberts bisher nicht der Fall.

Ausschussmitglied Frau Kundy regt an, die Entscheidung zu vertagen und auf die Auswertung des Viacountgerätes zu warten. Ausschussmitglied Herr Recksiedler befürwortet diese Vorgehensweise.

Ausschussmitglied Herr Langer möchte wissen, was genau Gefahrenbereiche sind und befürwortet dort eine Geschwindigkeitsüberwachung.

Herr Alberts führt aus, dass Gefahrenbereiche überwiegend an öffentlichen Einrichtungen, Grundschulen, Kindergärten, Altenheimen und Pflegeheimen vorliegen. Dort darf erst geblitzt und geahndet werden, wenn es zu Unfallhäufungen gekommen ist.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Frau Papen erklärt, dass sehr fürsorglich mit dem Thema umgegangen werden muss und man genau abwägen muss, wie man Straßen verkehrsberuhigt. Es gebe auch Negativbeispiele, z.B. die Poller in der von-Tungeln-Straße.

Ausschussmitglied Herr Redeker plädiert eher für die nachbarschaftliche Kontrolle, zumal in diesem Bereich kaum Durchgangsverkehr herrscht.

Der Bürgermeister Herr Wagner erklärt, dass man es nicht allen recht machen kann. Die Straße ist nach den gesetzlichen Vorgaben ausgebaut und es liegt kein Unfallschwerpunkt vor.

Ratsmitglied Herr Westerman regt an, dass evtl. Präventionsmaßnahmen, wie das Aufstellen von Schildern, helfen können.

Herr Alberts erklärt, dass schon Prävention betrieben wird, z.B. in Form vom Aufstellen der digitalen Anzeigetafel. Eine positive Wirkung ist nur über einen kurzen Zeitraum zu beobachten.

Die Entscheidung, ob im verkehrsberuhigten Bereich der Rüstringer Straße weitere verkehrsberuhigende Elemente eingebaut werden, wird verschoben, bis die Auswertung der Geschwindigkeitsmessung vorliegt.

8.2 Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes "Wohnungswirtschaft der Stadt Varel"

Vorlage: 333/2018

Die Erledigung der städtischen Aufgaben ist grundsätzlich eine Aufgabe der Verwaltung, der Exekutive. Kommunalverfassungsrechtlich bilden die Vertretung – der Rat - und der Hauptverwaltungsbeamte – der Bürgermeister – die Verwaltung. Die Organisation der Verwaltung und die sich dahinter verbergenden Prozesse ist bzw. sind eine ständige Aufgabe, die insbesondere in den Verantwortungsbereich des Hauptverwaltungsbeamten fällt. Der Vertretung obliegen grundsätzliche Entscheidungen.

Eine sich in den letzten Jahren immer stärker abzeichnende Ökonomisierung der Verwaltungsprozesse hat auch in der Verwaltung der Stadt Varel zu Veränderun-

gen geführt, die strukturell und damit organisatorisch abgebildet werden muss. Im Rahmen der Effektivierung der Organisationsabläufe schlägt die Verwaltung vor, betriebswirtschaftlich geprägte Aufgaben der Stadt Varel neu zu gruppieren und notwendige Verwaltungsbetriebsstrukturen zu schaffen. Diesen Weg beschreitet sie in den ihr gesetzlich vorgegebenen Grenzen schon seit mehreren Jahren. Hierzu ist über die rein verwaltungsseitige Struktur auch eine Veränderung im Bereich der kommunalpolitisch zu beordnenden Strukturen erforderlich. Gerade im Bereich der städtischen Wohnungswirtschaft wird aus der Kommunalpolitik der Wunsch geäußert, stärkere Impulse zu setzen. Der über Jahrzehnte nicht im Fokus stehende Bereich soll neu ausgerichtet werden.

Aus dieser Sachlage heraus schlägt die Verwaltung vor, den Verwaltungsbereich „Wohnungswirtschaft“ in einen Eigenbetrieb „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“ zu überführen

Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- Abbau des Renovierung- und Sanierungsstaus im Bereich der Wohnungswirtschaft
- Stärkere Eigenvermarktung von Grundstücken und Gebäude
- Stärkung der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung
- Steigerung der Effektivität
- Reduzierung von Verwaltungswegen

Nachfolgend soll dargelegt werden, durch welche Veränderungen die Zielerreichung erfolgen soll:

Bisher wurde der städtische Wohnungsbau innerhalb des allgemeinen Haushalts geführt. Die Erträge aus der Vermietung wurden als allgemeine Haushaltsmittel verbucht und standen allen anstehenden Maßnahmen innerhalb des Gesamthaushaltes zur Verfügung. Aufgrund der knappen Haushaltsmittel standen auf der Aufgabenseite nicht immer die notwendigen Mittel zur Verfügung, um die Häuser und Anlagen der Wohnungswirtschaft anforderungsgerecht instand zu halten. Mit einem eigenen und autarken Haushalt soll der Bereich „Wohnungswirtschaft“ in die Lage versetzt werden, sich aus eigener Kraft zukunftsfähig zu entwickeln. Dazu ist es notwendig, den Haushalt der Wohnungswirtschaft aus dem Gesamthaushalt zu trennen. Die Verwaltung schlägt hierfür die Form eines Eigenbetriebes vor, denn durch den Rechtsformwechsel hin zum Eigenbetrieb kann erheblich schneller Entscheidungen getroffen werden. Hierzu ist die Erstellung einer geeigneten Eigenbetriebssatzung erforderlich, die die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Vorgeschlagen wird hier eine möglichst einfache Gliederung nach den gesetzlichen Vorgaben.

Die städtische Wohnungswirtschaft umfasst auch den hierfür notwendigen Grundstücksverkehr.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind mit der Personalvertretung abzustimmen, ggf. im Rahmen der Zustimmung zu erwirken.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Frau Papen verweist auf die Einwohnerfragestunde und erklärt, dass es auf der einen Seite den wirtschaftlichen Aspekt gibt, aber auch der Part der Vermittlung sehr wichtig ist. Nach welchen Kriterien wird hier vorgegangen, wer ist verantwortlich. Sie erfragt, ob es schon ein Konzept gibt. Der Bürgermeister Herr Wagner erklärt, dass eine Eigenbetriebssatzung vom Rat beschlossen werden muss. Es wird sich ein Ausschuss für den Eigenbetrieb zusammen finden, der sich dann mit diesen Fragen beschäftigt und ein Konzept

entwickelt.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Frau Papen hält es trotzdem für wichtig, dass der Grundsatzbeschluss des Rates transparent ist. Hierfür sollten grundlegende Dinge wie die Zuständigkeit vorher erklärt werden.

Ausschussvorsitzender Herr Ralle erklärt, dass dies ein Vorgehen des Eigenbetriebsausschusses sei, da dieser später die an der Umsetzung mitarbeitet und auch entscheidet.

Frau Papen erwidert, dass es ihr um Eckpunkte geht, die vorher transparent für alle erläutert werden.

Ausschussmitglied Frau Kundy erklärt, dass Zukunft Varel nicht für diesen Grundsatzbeschluss ist und dass für sie die sozialpolitische Ausrichtung besonders wichtig sei. Zukunft Varel sehe auch nicht, dass die Bürokratie mit der Gründung des Eigenbetriebes reduziert werde, sondern sieht eher das Gegenteil. Zudem habe ZV sich überlegt, ob es nicht sinnvoll sei, diesen Ausschuss in zwei Ausschüsse aufzuteilen. Zum einen in einen Ausschuss Bauen und Wohnen und zum anderen in den Ausschuss Straßen und Verkehr. Das Ressort Liegenschaften kann dann in die Hände des Kämmerers gelegt werden.

Ausschussmitglied Herr Böcker erklärt, dass die städtischen Wohnungen so nicht bleiben können. Es müsse dringend etwas unternommen werden. Es spricht sich für den Grundsatzbeschluss aus.

Ausschussmitglied Herr Kliegelhöfer sieht es ebenso, dass der Grundsatzbeschluss gefasst werden muss. Es sei die beste und vielversprechendste Möglichkeit, die im Moment besteht. Der Eigenbetrieb muss finanziell so gestärkt werden, dass die Wohnungsverhältnisse verbessert werden können.

8.3 Verkehrssituation am Lothar-Meyer-Gymnasium

Der Stadt Varel sind zwei Schreiben zugegangen (sh. Anlage). Es wird dargestellt, dass es im Bereich der Moltkestraße am Lothar-Meyer-Gymnasium zu gefährlichen Situationen zwischen querenden, zu schnell fahrenden Fahrradfahrern und Schülern kommt.

Herr Kreikenbohm stellt dar, dass ein Teilstück der Moltkestraße unterbrochen ist, hier fahren keine Autos. Dieses Stück ist entwidmet und gehört seit 1980 dem Schulträger. 1980 war noch die Stadt Varel der Schulträger, heute ist es der Landkreis Friesland. Für Radfahrer besteht die Möglichkeit, dieses kurze Stück des Schulgeländes zu passieren, damit dann der Weg auf der Moltkestraße fortgesetzt werden kann. Diese Möglichkeit soll erhalten bleiben, da sonst große Umwege in Kauf genommen werden müssten. Der Schulträger hat jedoch das Recht, diesen Durchgang zu schließen.

Herr Bürgermeister Wagner wird dem Landkreis raten, diesen Durchgang nicht zu schließen.

8.4 Erschließungsbeitragssatzung

In der heutigen Sitzung sollte das Thema Erschließungsbeitragssatzung diskutiert werden. Herr Wagner schlägt vor, dieses Thema zurück zu stellen und zu warten, bis ein konkreter Abrechnungsfall vorliegt. Dann kann die Satzung dem neuesten Stand angepasst werden. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

8.5 Nachbetrachtung Straßenbesichtigung

Am 30.11.2018 hat eine Bereisung einiger Straßen stattgefunden, um sich ein eigenes Bild vom Zustand der Straßen und Gehwege zu machen. Ausschussvorsitzender Herr Ralle bittet darum, diesen Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen, damit noch einmal in Ruhe darüber diskutiert werden kann. Herr Kreikenbohm erklärt, dass dieser Punkt zur Aussprache und Kenntnisnahme noch einmal auf die Tagesordnung genommen wird.

8.6 Antrag Zukunft Varel

Herr Alberts erklärt, dass ein Antrag von der Fraktion Zukunft Varel (sh. Anlage) eingegangen ist. Er bittet darum, diesen Antrag erst nach dem Gespräch in der Verkehrssicherheitsfraktion zu behandeln. Diese tagt am 05.12.2018. Er erhofft sich, dass Maßnahmen erfolgen werden, die zu einer Änderung der Situation führen.

Der Bürgermeister führt aus, dass sich viele Ratsvertreter und Bürger nach diesem erneuten Unfall an ihn gewendet haben. Herr Alberts und Herr Heise sind sofort aktiv geworden und haben mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger Kontakt aufgenommen. Herr Wagner bedankt sich bei allen, die auf dieses Thema aufmerksam gemacht haben und sieht die Wichtigkeit, sich dieses Themas anzunehmen. Er sieht hier auch den Straßenbaulastträger in der Pflicht, aktiv zu werden. Mit der Straßenbauverwaltung wurde ebenso Kontakt aufgenommen.

8.7 Parkverbot Neumarktplatz

Herr Alberts berichtet, dass er mehrere Aufforderungen von Vareler Bürgern erhalten hat, den Neumarktplatz endgültig von parkenden Autos zu befreien. Der Platz ist nicht für den Verkehr frei gegeben, er ist entsprechend gewidmet. Verwarnungen sieht er nicht als zielführend an, der Platz soll mit Pollern gesperrt werden. Entsprechende Gespräche sollen mit den anliegenden Gewerbetreibenden geführt werden.

8.8 Jethausermoorweg

Auf Wunsch der Anwohner soll das Abfräsen im zeitlichen Zusammenhang mit dem Aufbringen der Tränkdecke erfolgen. Deswegen bleibt die Straße bis zum Frühjahr in der jetzigen Form gesperrt.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Elke Unland
(Protokollführer/in)